



In der Schönhausenstraße sieht man viele aufgesetzt geparkte Autos.

**Bremen**

🕒 3 min.

**Verkehrspolitik**

## Illegales Gehwegparken: FDP fordert mehr Parkraum

**Stadtbürgerschaft debattiert über Konsequenzen des BVG-Urteils**

*Lisa Duncan*

**Bremen.** Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Gehwegparken hat die FDP-Fraktion am Dienstag in der Stadtbürgerschaft eine Debatte angeregt. In dem Antrag wiesen die Liberalen darauf hin, dass aufgesetztes Parken in Bremen gängige Praxis sei, weil sich nur so mit dem begrenzten Parkraum zurecht kommen ließe. Dies sei auf ein „Planungsdesaster“ der Koalition zurückzuführen.

Leidtragende seien Familien und Berufstätige, die täglich auf ihr Auto angewiesen seien, sagte der FDP-Mobilitätssprecher Fynn Voigt. Während die Anzahl der Pkw zunehme, schränke die Regierungskoalition den Parkraum ein. Nun seien „nachhaltige Lösungen für die Bremer Verkehrspolitik“ gefragt. Der Senat solle für Alternativen sorgen, etwa durch Quartiersgaragen.

CDU: Laut CDU-Fraktionsmitglied Michael Jonitz schaue Bremen seit Jahren untätig beim Gehwegparken zu. „Setzen Sie Lösungen um und geißeln Sie die Menschen nicht“, forderte Jonitz. So könne Autofahrern das Parken auf privaten Flächen, etwa Supermärkten, ermöglicht werden. Anreize für den Autoverzicht könne eine Dauerkarte für den ÖPNV für Menschen über 70 Jahre schaffen wie in Bremerhaven.

SPD: Das Urteil zum Gehwegparken offenbare keine gravierenden Mängel in der Verkehrspolitik von Rot-Grün-Rot, betonte Anja Schiemann, SPD-Sprecherin für Verkehr und Mobilität. Denn das Gericht räume den Behörden Handlungsspielraum bei der Umsetzung des Parkverbots ein. „Die Zahl der Pkw wird steigen, was nicht mitwächst, ist der Straßenraum“, so Schiemann. Daher sei es wichtig, Mobilitätsangebote auszuweiten, etwa durch Carsharing.

Grüne: „Wir haben zu wenig Platz in der Stadt für alle Nutzungen“, stellte auch Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, fest. Quartiersgaragen könnten daher nicht die einzige Lösung sein. Alternativen wie E-Scooter, Carsharing, Lasten- und Leihräder müssten ebenso gefördert werden. „Die Leichtigkeit des Verkehrsmittels ist nicht mehr das einzige Kriterium“, sagte Saxe.

Bündnis Deutschland: „Fakt ist, dass in Bremen etwas getan werden muss“, sagte Sven Schellenberg von der BD-Fraktion. Die Koalition betrachte das Problem zu sehr mit „ideologischer Brille“, sagte er mit Verweis auf die ehemalige grüne Mobilitätssenatorin Maike Schaefer.

Linke: „Mir ist nicht klar, was die Idee der FDP zu diesem Problem ist“, sagte Tim Sültenfuß, verkehrspolitischer Sprecher der Linken. Durch das Urteil sollten in erster Linie Barrierefreiheit und Rettungssicherheit gewährleistet werden. Er sei froh, dass Bremen sich auf den Weg mache, um das Verbot umzusetzen.

Mobilitätssenatorin Özlem Ünsal (SPD): „Wir wollen rechtswidriges Parken nach und nach entschärfen und unterbinden“, sagte Ünsal. Sie verwies auf den Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 2022. Zudem habe der Senat als Teil einer Machbarkeitsstudie im Februar 2024 eine Bürgerbefragung gestartet. Laut Ünsal sollen Ende des Jahres Ergebnisse vorliegen. Bremen habe mit seinem Konzept anderen Kommunen etwas voraus. Wie berichtet, lässt sich aus dem Urteil ohne die noch ausstehende Begründung keine konkrete Verpflichtung für die Behörden ableiten.